



Der Rot-Grüne Koalitionsvertrag liegt vor. Aus Sicht der GEW stellt er bedauerlicherweise nur einen Schritt vor, jedoch viele zurück dar.

Bereits in der Präambel zum schulpolitischen Abschnitt wird deutlich, wie weit die Handelnden mittlerweile von den Herausforderungen im Schuldienst entfernt sind. Dort heißt es, dass das durch Corona bedingte „Aussetzen des Präsenzunterrichts [...] im Regelfall gut“ gelinge. Statt die Belastung der Kolleg_innen anzuerkennen, wird hier eine Behauptung aufgestellt, die mit der schulischen Realität nichts zu tun hat! Die Ergebnisse unserer Umfrage widerlegen klar die Auffassung, dass keine zusätzliche Arbeit anfallt.

Darüber hinaus steht die Stadt Hamburg nicht zu ihrer 2011 durch den damaligen Bürgermeister Olaf Scholz schriftlich garantierten Zusage, die Tarifiergebnisse zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung zu übernehmen. Für die damalige Zusage haben die Beamtinnen und Beamten in Hamburg die Kürzung von Sonderzahlungen und weitere strukturelle Einschnitte hinnehmen müssen. Die Stadt Hamburg begeht ihren Beamtinnen und Beamten gegenüber Wortbruch und macht so die mangelnde Wertschätzung gegenüber deren Arbeit sehr deutlich.

Der Koalitionsvertrag hält an

der bereits angekündigten Erhöhung der Besoldung der Grundschullehrkräfte in drei Stufen von A12 auf A13 bis zum 01.08.2023 fest. Das haben wir als GEW lange gefordert und sehen dies als guten Schritt, die Ausbildung und Arbeit der Kolleginnen und Kollegen anzuerkennen. Um in allen Schulformen erstklassige Lehrkräfte zu haben, ist eine gleiche Eingangsbesoldung wesentlich.

Auf das wirklich wichtige Thema der seit Jahren andauernden Arbeitszeitüberlastung der an Schule Beschäftigten geht der Koalitionsvertrag nicht ein. Mit dem Satz der Koalitionäre, dass man am Lehrer_innenarbeits-

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Visionen nicht angesagt

zeitmodell festhalten will, steht zu befürchten, dass die Aufgaben weiter erhöht werden und z.B. die Überarbeitung oder Evaluation der Lehrerarbeitszeitverordnung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird. Dass hier keine Umkehr stattfindet, ist eine Missachtung der Arbeit der Lehrkräfte, wie wir sie schon lange nicht erlebt haben.

Auch der pädagogische Bildungsteil bietet kaum Innovationen. Die GRÜNEN haben sich in den letzten Jahren stark für die Inklusion engagiert. In ihrem

Wahlprogramm werben sie dafür, dass Kinder und Jugendliche optimal zu fördern sind und man deshalb in der Inklusion eine stärkere Ausrichtung auf Förder- statt Feststellungsdiagnostik brauche. Nichts davon findet man im Koalitionsvertrag.

Weiterbildung wird zwar oft erwähnt und gelobt, so soll es eine Hamburger Weiterbildungsstrategie geben und die Erwachsenenbildung soll an einem Ort gebündelt werden. Was das jedoch heißt, bleibt völlig unkonkret. Die GEW erwartet von der Koalition, dass die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften an der Entwicklung einer Weiterbildungsstrategie entscheidend beteiligt werden und dass endlich faire tarifliche Arbeitsverhältnisse für alle Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung geschaffen werden.

Bei den Ausführungen zur Wissenschaft fällt auf, dass die von uns gelobten Punkte aus dem Grünen Wahlprogramm – eine Novellierung des Hochschulgesetzes hin zu mehr Demokratisierung und ein verstärktes Eintreten für bessere Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft – überhaupt nicht auftauchen. Wir erwarten, dass die

Verstetigung der Bundesmittel im ‚Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken‘ zu deutlich mehr unbefristeten Stellen führt und dass in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen des Senats mit den Hochschulen ein Ausschluss sachgrundloser Befristungen und eine feste Quote an Dauerstellen für Daueraufgaben in Lehre und Forschung festgeschrieben werden.

Wir wünschen euch nach diesen schwierigen Wochen ein paar erholsame Sommertage!